

Übersicht der Antworten*

Frage	SPD	B90/Die Grünen
1. Wie wollen Sie die Lebensqualität queerer Menschen in Chemnitz verbessern? Was tun Sie beispielsweise gegen die oftmals allgegenwärtige Diskriminierung, die Lsbtiq* Personen erfahren?		
2. Wie wollen Sie die Sichtbarkeit queerer Themen in Chemnitz verbessern? Setzen Sie sich für eine Regenbogenbeflaggung öffentlicher Gebäude, beispielsweise am Christopher Street Day, als öffentlich sichtbares Bekenntnis zu sexueller und geschlechtlicher Vielfalt ein?		
3. Die kommunale Gleichstellungsarbeit ist primär auf die Gleichstellung von Männern und Frauen ausgerichtet. Wie stehen Sie dazu, diese Arbeit stärker für Lsbtiq* Belange zu öffnen und die Zusammenarbeit von kommunalen Gleichstellungsbeauftragten, Verwaltung und queeren Beratungsstellen zu intensivieren?		
4. Was wollen Sie tun, um eine sichere Unterbringung queerer Menschen mit Fluchterfahrungen in Chemnitz zu gewährleisten? Setzen Sie sich für Personalschulungen in den jeweiligen Behörden und Geflüchtetenunterkünften ein?		
5. Was planen Sie, um Lsbtiq* Personen vor Gewalt und Hasskriminalität zu schützen? Werden Sie sich für einen niedrigschwelligen Zugang zu kommunalen Hilfsstrukturen einsetzen?		
6. Inwieweit wollen Sie eine sichtbare, offene Kinder- und Jugendarbeit für Lsbtiq* Personen in Chemnitz schaffen und/oder Begegnungsräume erhalten und ausbauen?		
7. Setzen Sie sich für die Einführung von Unisex-Toiletten, beispielsweise in der eigenen Verwaltung, ein?		
8. Wie stehen Sie zu geschlechtergerechter Sprache?		

*wir haben alle Geschäftsstellen von CDU, SPD, FDP, Die Linke, B90/Die Grünen angeschrieben, aber nicht von allen eine Antwort erhalten.

SPD Chemnitz

1. Wie wollen Sie die Lebensqualität queerer Menschen in Chemnitz verbessern? Was tun Sie beispielsweise gegen die oftmals allgegenwärtige Diskriminierung, die Lsbtiq Personen erfahren?*

Als Sozialdemokrat:innen stehen wir dafür: Menschen dürfen nicht aufgrund des Geschlechts, einer Behinderung, des Alters, ihrer Herkunft, Religion, Familienform oder sexuellen Identität benachteiligt werden. Besonders wichtig ist uns daher die Stärkung von Beratungsangeboten und Initiativen, die Antidiskriminierungsarbeit leisten.

Sachsen ist bunt und vielfältig. Gegenwärtig ist die Akzeptanz für queere Menschen noch nicht selbstverständlich. Mehr Akzeptanz erreichen wir durch mehr Aufklärung. Die Akzeptanz von verschiedenen Lebensentwürfen möchten wir daher weiter aktiv fördern. Nur dann können Menschen so frei leben, dass sie offen dazu stehen können, wer sie sind und was sie ausmacht. Die Förderprogramme und Strukturen für Projekte, Initiativen und Vereine, die sich für LSBTIQ* einsetzen, wollen wir fortführen. Vielfalt ist eine Bereicherung für die Gesellschaft, egal ob an der Schule, im Sportverein oder am Arbeitsplatz. Das Bewusstsein hierfür wollen wir stärken. Wir fördern Vereine und Initiativen, die sich für ein Mehr an Vielfalt einsetzen, und für eine aufgeklärte Gesellschaft und ein weltoffenes Sachsen stehen.

Der Landesaktionsplan zur Akzeptanz der Vielfalt von Lebensentwürfen war ein wichtiger Grundstein dafür. Im Zuge dessen sehen wir bspw. das Modellprojekt zum anonymisierten Bewerbungsverfahren und dessen anschließende Weiterentwicklung und Umsetzung in der gesamten Staatsregierung als sehr wichtig an. Führungskräfte werden qualifiziert über Weiterbildungen im Bereich „Diversity-Management“.

Unser Ziel ist nicht nur, diese Strategien und Aktionspläne weiterzuentwickeln, sondern auch ein Landesantidiskriminierungsgesetz zu erarbeiten. Das soll vor allem die Lücken schließen, die das „Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz“ (AGG) der Bundesebene gelassen hat. Natürlich sind in die Erarbeitung auch die Evaluationen des AGG einzubeziehen.

2. Wie wollen Sie die Sichtbarkeit queerer Themen in Chemnitz verbessern? Setzen Sie sich für eine Regenbogenbeflaggung öffentlicher Gebäude, beispielsweise am Christopher Street Day, als öffentlich sichtbares Bekenntnis zu sexueller und geschlechtlicher Vielfalt ein?

Es ist gut, dass in immer mehr Städten in Sachsen der Christopher Street Day (CSD) gefeiert wird. Für die SPD ist es selbstverständlich, die Organisator:innen in ihrer wichtigen Arbeit für LSBTIQ*-Rechte zu unterstützen und am Christopher Street Day mit zu feiern und gemeinsam für Akzeptanz und Vielfalt und gegen Homo- und Transfeindlichkeit zu demonstrieren.

Das Hissen der Regenbogenflagge vor dem Rathaus befürworten wir. Denn so können wir z. B. zum Christopher Street Day mit der Regenbogenflagge ein sichtbares Zeichen für die Verbundenheit/Solidarität mit der LGBTIQ*-Gemeinschaft setzen. Das Signal soll sein: Chemnitz ist bunt. Queerfeindlichkeit hat hier keinen Platz.

Im nächsten Sächsischen Landtag werden wir uns als SPD weiterhin um eine Verfassungsreform bemühen, die auch zu mehr Sichtbarkeit für queere Lebensentwürfe führen soll. Diskriminierungsverbote sind dabei ein wichtiges Achtungszeichen in unserer Gesellschaft und sollen Menschen davor schützen, aufgrund ihrer Persönlichkeitsmerkmale ungleich behandelt zu werden. Dazu gehören Geschlechtsidentität, Religion und nationale Herkunft genauso wie Alter und soziale Stellung, sexuelle Orientierung, Weltanschauung und Behinderung. Wir wollen dies im Gleichheitsgrundsatz abbilden.

3. Die kommunale Gleichstellungsarbeit ist primär auf die Gleichstellung von Männern und Frauen ausgerichtet. Wie stehen Sie dazu, diese Arbeit stärker für Lsbtiq Belange zu öffnen und die Zusammenarbeit von kommunalen Gleichstellungsbeauftragten, Verwaltung und queeren Beratungsstellen zu intensivieren?*

Gleichstellung, das ist das Zusammenspiel aller. Sie kann nur gelingen, wenn wir am gleichen Strang ziehen. Wir wollen das Verständnis hierfür stärken und Gleichstellung gemeinsam leben. Davon profitieren wir schließlich alle.

Die Öffnung der kommunalen Gleichstellungsstellen für LSBTIQ* Belange und Themen ist dabei ein bedeutender Schritt in Richtung gleicher Rechte für alle Bürger:innen. Dies trägt dazu bei, Diskriminierung abzubauen und eine vielfältige und respektvolle Gesellschaft zu fördern.

4. Was wollen Sie tun, um eine sichere Unterbringung queerer Menschen mit Fluchterfahrungen in Chemnitz zu gewährleisten? Setzen Sie sich für Personalschulungen in den jeweiligen Behörden und Geflüchtetenunterkünften ein?

Das sächsische Netzwerk für den Schutz, die sichere Unterbringung und die weitere Betreuung von gewaltbetroffenen LSBTTIQ-Geflüchteten wollen wir weiter unterstützen. Die merkmalsübergreifende Beratung wollen wir weiter unterstützen. Hier sind besonders die Antidiskriminierungsarbeit und Antidiskriminierungsberatung, die wir erstmals einrichten und aufbauen konnten, wertvoll und zu unterstützen.

Das Sächsische Teilhabe- und Integrationsgesetz wurde von uns auf den Weg gebracht. Es verdeutlicht, dass Integration keine vorübergehende Aufgabe ist, sondern fester Bestandteil in unserer Gesellschaft. Wir werden es mit allen Akteur:innen in Sachsen weiterentwickeln.

Integration findet vor Ort statt. Dort müssen Menschen ankommen können, Kontakt und Unterstützung finden sowie Angebote für Freizeit und Arbeit haben. Für die vielfältigen Aufgaben der Integration wollen wir die Kommunen verlässlich ausstatten und die Pauschalen anpassen. Zukünftig sollen unter dem Dach kommunaler Integrationszentren die Integrationsangebote in allen Landkreisen und kreisfreien Städten auf dem gleichen Niveau gemacht werden.

Wir wollen, dass Sachsen genügend Erstaufnahmekapazitäten für geflüchtete Menschen vorhält. Bei der Verteilung muss das Land endlich eine Koordinierungsrolle annehmen. Flüchtlingssozialarbeit soll Wissen über das Leben und die nötigen (ersten) Schritte in Sachsen vermitteln, Integrationsanschub sein sowie besonders vulnerablen Gruppen ihren Bedürfnissen entsprechende Unterbringung und Versorgung sichern. Wir werden sie weiterführen. Alle Geflüchteten, ob minderjährig oder erwachsen, ob allein oder mit Familie geflohen, ob aus der Ukraine oder aus anderen Krisen- und Kriegsregionen, haben einen Anspruch, menschenwürdig untergebracht zu werden. Im Idealfall möglichst bald in dezentralen Wohnungen.

5. Was planen Sie, um lsbtqi Personen vor Gewalt und Hasskriminalität zu schützen? Werden Sie sich für einen niedrigschwelligen Zugang zu kommunalen Hilfsstrukturen einsetzen?*

Mit Sorge beobachten wir den Anstieg aggressiven Verhaltens gegenüber queeren Menschen. Die Angriffe gegen queere Menschen und Feminist:innen nehmen in Sachsen stetig zu – in Worten und Taten. Sie haben unsere Solidarität und Unterstützung. Besonders wichtig ist uns daher der Gewaltschutz für queere Menschen. Hierfür braucht es effektive Schutzkonzepte und mehr Beratungs- und Unterstützungsangebote – in den Städten und auf dem Land – sowie eine landesweite Kampagne gegen Queerfeindlichkeit.

Die Propaganda gegen Gleichstellung und LSBTIQ* ist in der Mitte der Gesellschaft angekommen, auch antifeministische Bewegungen erstarben. Dem müssen wir mit Aufklärung und Bildungsarbeit entgegenreten, um einer drohenden gesellschaftlichen Rolle rückwärts entgegenzuwirken. Projekte müssen hierfür bei ihrer Aufklärungsarbeit unterstützt werden. Das gilt insbesondere auch für die Aufklärung an Schulen.

Im Rahmen der sächsischen Polizeiarbeit haben wir dafür gesorgt, dass Ansprechpersonen für LSBTIQ* in der Polizei Sachsen etabliert wurden, die sich verantwortlich fühlen und dafür qualifiziert sind. Außerdem können Hasskommentare nunmehr leichter und schneller über die Online-Wache angezeigt werden; Betroffene können sich u.a. an die spezialisierte Zentrale Ansprechstelle für Opfer rechts-extremistischer Bedrohungen (ZASTEX) wenden und dort Hilfe erwarten.

Weil Rassismus, Nationalismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit nicht nur das gesellschaftliche Klima vergiften, sondern auch für betroffene Menschen eine große Gefahr für Leib und Leben sind, stehen wir für konsequente Strafverfolgung und die Förderung von Präventionsarbeit ein.

6. Inwieweit wollen Sie eine sichtbare, offene Kinder- und Jugendarbeit für Lsbtiq Personen in Chemnitz schaffen und/oder Begegnungsräume erhalten und ausbauen?*

Wir bestärken Kinder und Jugendliche darin, so zu leben und sich zu definieren, wie sie das wollen. Queere Lebensentwürfe und die Aufklärung darüber gehören daher in den Lern- und Lebensalltag von jungen Menschen. Wir wollen, dass sie frei von Diskriminierung aufwachsen können, dafür braucht es Angebote in der Kinder- und Jugendarbeit, wie auch an allen Bildungseinrichtungen. Die Bildungsarbeit von Vereinen wie dem Different People e.V. schätzen wir sehr.

Kommunen prägen mit ihren Angeboten das Lebensumfeld von Kindern und Jugendlichen erheblich. Daher darf die örtliche Kinder- und Jugendhilfe auch bei schwieriger Haushaltslage nicht ins Hintertreffen geraten. Mit einem Landesprogramm Kinder- und Jugendarbeit werden wir daher die Handlungsfähigkeit der Kommunen stärken.

Wir wollen auch, dass alle Kinder und Jugendliche eine Ansprechperson bei Problemen und Herausforderungen des Alltags haben, z.B. bei queerefeindlichen Angriffen. Dafür werden wir die Kita- und Schulsozialarbeit weiter ausbauen. Zudem stärken wir die außerschulische Soziale Arbeit und sorgen für eine verlässliche Finanzierung.

Es ist uns wichtig, dass Kinder und Jugendliche mehr Vertrauen und Gestaltungsspielräume erhalten, um sich selbst zu entfalten und zu entwickeln. Selbständigkeit und Verantwortung muss man ausüben, um sie einüben zu können. Deshalb legen wir in unserer Jugendpolitik den Schwerpunkt auf Rechte und Freiräume. Die Teilhabe von Jugendlichen an Entscheidungen, die ihr Leben und ihren Alltag betreffen, muss an allen Orten endlich selbstverständlich werden. Deshalb setzen wir uns für eine Demokratisierung der Schule, für eine Absenkung des Wahlalters und für die praktische Umsetzung kommunaler Kinder- und Jugendbeteiligung ein.

7. Setzen Sie sich für die Einführung von Unisex-Toiletten, beispielsweise in der eigenen Verwaltung, ein?

Wir stehen entsprechenden Initiativen aus der Zivilgesellschaft offen gegenüber und unterstützen diese ggf. zusammen mit den entsprechenden Personalräten der jeweiligen Institutionen. Im Chemnitzer Rathaus gibt es beispielsweise bereits eine Toilette, welche von allen Personen egal welchen Geschlechts genutzt werden kann. Wir befürworten einen bedarfsgerechten Umgang mit der Frage der Einführung von Unisex-Toiletten, anstatt diese generell vorzunehmen. Sowohl Bürger:innen, als auch Verwaltungsmitarbeiter:innen sollten in diesen Prozess eingebunden sein, um eine breite Akzeptanz bezüglich einer Umsetzung herzustellen.

8. Wie stehen Sie zu geschlechtergerechter Sprache?

Ja, wir benutzen geschlechtergerechte Sprache. Denn Sprache verändert das Bewusstsein. Wir treten dafür ein, dass überall in der Gesellschaft frei darüber entschieden werden kann, ob die geschlechtergerechte Sprache verwendet wird. Mit * oder ohne, das entscheiden alle Sächsinen und Sachsen in der Arbeitswelt und im Privatleben selbst. Entschiedenenes Eintreten gegen Verbotskultur bedeutet auch, geschlechtergerechte Sprache nicht zu verbieten.

Im Freistaat Sachsen ist die Staatsregierung bei der Erarbeitung von Gesetzentwürfen per Verwaltungsvorschrift verpflichtet, geschlechtergerechte Sprache zu verwenden. Dafür werden wir uns weiterhin einsetzen.

Die Verwaltungspraxis auf kommunaler Ebene ist verpflichtet, Bürger:innen in der Kommunikation entsprechend ihrem nach dem Personenstandsrecht eingetragenen Geschlecht zu adressieren. Seit dem Beschluss des Selbstbestimmungsgesetzes durch den Deutschen Bundestag - auch mit den Stimmen der SPD-Fraktion - wird es künftig einfacher sein, für Lsbtiq* Personen ihre geschlechtliche Identität bei den kommunalen Meldebehörden zu ändern und damit auch eine ihnen entsprechende Ansprache zu erfahren.

BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN Chemnitz

1. Wie wollen Sie die Lebensqualität queerer Menschen in verbessern? Was tun Sie beispielsweise gegen die oftmals allgegenwärtige Diskriminierung, die Lsbtiq Personen erfahren?*

Die Lebensqualität queerer Menschen in Chemnitz ist ein äußerst wichtiges Thema! Viele queere Menschen erzählen uns davon, dass sie in Chemnitz keinen festen, geschützten Raum – einen sog. „Safer Space“ – haben. Zwar dienen verschiedene Clubs und andere Kultureinrichtungen als Treffpunkte für queere Menschen. Allerdings halten wir BÜNDNISGRÜNE es für unabdingbar, dass es in Chemnitz – der Kulturhauptstadt Europas 2025 – auch solche festen, sicheren Orte für queeres Leben gibt und setzen uns deshalb dafür ein, der Community solche Räumlichkeiten zu ermöglichen.

Um Menschen vor der allgegenwärtigen Diskriminierung zu schützen, setzen wir uns für mehr Sensibilisierung und Aufmerksamkeit für das Thema Vielfalt ein. Gerade die Polizei und die Behörden der Stadt müssen im Bereich queerfeindliche Straftaten und einem angemessenen, diskriminierungsfreien Umgang mit queeren Geschädigten geschult sein. Es muss verhindert werden, dass queere Personen die Diskriminierung und queerfeindliche Gewalt erfahren haben und sich an die Behörden wenden, hier erneut Diskriminierung erleben. Außerdem sehen wir als BÜNDNISGRÜNE seit längerem ein Diversity-Management in der Chemnitzer Stadtverwaltung für wichtig an. Wir setzen uns dafür ein, dass queere Jugendliche sicher und diskriminierungsfrei zur Schule gehen können. Wir kämpfen für Sozialarbeiter*innen in allen Schulen und für Weiterbildungsmaßnahmen zur Antidiskriminierung für Sozialarbeiter*innen. Außerdem wollen wir kostenfreie Menstruationsartikel in allen Schultoiletten bereitstellen.

Wir setzen uns dafür ein, dass eine Unisex-Toilette in jeder Schule sowie geeignete Umkleidemöglichkeiten für Transjugendliche zur Verfügung stehen. All diese Dinge gehören für uns zur kommunalen Bildungspolitik dazu und sind in unserem Programm verankert.

2. Wie wollen Sie die Sichtbarkeit queerer Themen in verbessern? Setzen Sie sich für eine Regenbogenbeflaggung öffentlicher Gebäude, beispielsweise am Christopher Street Day, als öffentlich sichtbares Bekenntnis zu sexueller und geschlechtlicher Vielfalt ein?

Wir BÜNDNISGRÜNE kämpfen seit Jahren für eine Beflaggung des Chemnitzer Rathauses mit einer Regenbogenfahne zum jährlichen Christopher Street Day. Um Vielfalt zu leben und allen Menschen in Chemnitz zu zeigen, dass Chemnitz ein offener und sicherer Ort für alle ist, sind solche sichtbaren Zeichen von enormer Bedeutung. Wir unterstützen zudem die Bemühungen für Informationen zum Thema „queeres Leben in Chemnitz“, welche durch Print- und Onlineprodukte Interessierten zur Verfügung gestellt werden sollen.

3. Die kommunale Gleichstellungsarbeit ist primär auf die Gleichstellung von Männern und Frauen ausgerichtet. Wie stehen Sie dazu, diese Arbeit stärker für Lsbtiq Belange zu öffnen und die Zusammenarbeit von kommunalen Gleichstellungsbeauftragten, Verwaltung und queeren Beratungsstellen zu intensivieren?*

Gleichstellungsarbeit bedeutet für uns BÜNDNISGRÜNE ganz zentral, allen Menschen in der Stadt die gleichen Chancen zu ermöglichen. Wir sehen hier die Stadtverwaltung bzw. den Oberbürgermeister in der Verantwortung, Diversity-Management in Chemnitz umzusetzen. Dieses Diversity-Management soll ermöglichen, dass sich Gleichstellungsbeauftragte, Vereine und Initiativen sowie andere beteiligte Akteur*innen gleichermaßen an der Vielfaltsarbeit in Chemnitz mitwirken.

4. Was wollen Sie tun, um eine sichere Unterbringung queerer Menschen mit Fluchterfahrungen in zu gewährleisten? Setzen Sie sich für Personalschulungen in den jeweiligen Behörden und Geflüchtetenunterkünften ein?

Viel zu oft werden queere Menschen aus vermeintlich sicheren Herkunftsländern zu Unrecht abgeschoben oder ihnen ein Aufenthaltsstatus verwehrt, weil ihre spezifische Bedrohung nicht anerkannt wird. Wir BÜNDNISGRÜNE kämpfen auf vielen Ebenen dafür, diese Ungerechtigkeit aufzulösen.

Auf lokaler Ebene ist es von großer Bedeutung, Strukturen der Geflüchtetenarbeit (wie Gruppenunterkünfte oder die Ausländerbehörde) zu kontrollieren, zu verbessern und das Personal zu schulen. Zudem sind für uns in Sachen Unterbringung dezentrale Unterbringungen - auch aus Sicherheitsgründen - besonders für queere Personen - Gruppenunterkünften vorzuziehen. Aber auch in Gruppenunterkünften muss es sichere Räume und besonderen Schutz für queere Geflüchtete geben.

Dies muss in den städtischen Unterkünften, aber auch in den Unterbringungen der Landesdirektion gewährleistet sein. Wir setzen uns für diese Standards in Unterkünften deswegen auf allen Ebenen ein.

5. Was planen Sie, um Lsbtiq Personen vor Gewalt und Hasskriminalität zu schützen? Werden Sie sich für einen niedrigschwelligen Zugang zu kommunalen Hilfestrukturen einsetzen?*

Um Menschen vor Hass, Hetze und Gewalt zu schützen ist eine geschulte und sensibilisierte Polizei wichtig. Beamtinnen und Beamte sind dafür verantwortlich, LSBTIQ*-Personen vor Hasskriminalität und Gewalt zu schützen. Dafür müssen bereits erste Anzeichen erkannt und dementsprechend gehandelt werden. Für uns BÜNDNISGRÜNE gehört allerdings auch eine gute medizinische Infrastruktur für LSBTIQ*-Personen zu einer kommunalen Hilfestruktur. Wir unterstützen deswegen Ärzt*innen, welche sich in diesem Bereich engagieren, ausdrücklich und möchten diese Angebote stärken und ausbauen.

6. Inwieweit wollen Sie eine sichtbare, offene Kinder- und Jugendarbeit für Lsbtiq Personen in schaffen und/oder Begegnungsräume erhalten und ausbauen?

Kinder- und Jugendarbeit ist ein Schlüsselbaustein für mehr Toleranz und Akzeptanz von LSBTIQ*-Personen, denn Vorurteile und Hass werden durch Bildung und Begegnung abgebaut. Eine offene Kinder- und Jugendarbeit, die nicht nur LSBTIQ*-Kinder und -Jugendliche begleitet, sondern auch generell junge Menschen für eine vielfältige Gesellschaft sensibilisiert, ist deshalb ein Grundbaustein unseres gesellschaftlichen Miteinanders. Wir BÜNDNISGRÜNE bekennen uns ganz klar zu dem Wert dieser Arbeit und stellen uns für einen vollständigen Erhalt und perspektivischen Ausbau dieser Arbeit.

7. Setzen Sie sich für die Einführung von Unisex-Toiletten, beispielsweise in der eigenen Verwaltung, ein?

Unisex-Toiletten sind eine Möglichkeit, um Diskriminierung und Ungleichbehandlung von LSBTIQ*-Personen entgegenzuwirken. Als BÜNDNISGRÜNE unterstützen wir dies deswegen durchaus. Weiterhin sind auch oftmals Umkleidesituationen - wie im Schulsport - kritisch für LSBTIQ*-Personen. Wir setzen uns deshalb für geschlechtersensible Umkleiden in Schwimmhallen, Turnhallen und anderen Einrichtungen ein.

8. Wie stehen Sie zu geschlechtergerechter Sprache?

Wir halten gar nichts von Verboten oder gar Vorgaben, wie Menschen zu sprechen haben. Als BÜNDNISGRÜNE sehen wir geschlechtergerechte Sprache als einen wichtigen Beitrag zum Abbau von Ungerechtigkeiten an. Deswegen verwenden wir in unserer Bündnisgrünen Kommunikation

auch geschlechtersensible Sprache, die keine Person ausschließt und alle anspricht, statt nur einzelne mitzumeinen. Was für uns gar nicht geht, sind sogenannte Gender-Verbote. Bei derartigen ideologischen Vorstößen werden wir immer und entschlossen dagegen halten.